

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/114

Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU), Teil 3

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. August 2013
(x887/...): >>>Deutsche ducken sich weg

Trotz Wissen über kommendes Desaster bleiben die Bundesbürger still

Obwohl die Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, daß das Schlimmste der Euro-Krise noch nicht überstanden sei, bleiben sie stoisch. Warum?

Selbst das Staatsfernsehen läßt die Deutschen nicht im Dunkeln darüber, daß nach der Wahl ein böses Erwachen auf sie wartet. Wenn man es genau nimmt, tut dies nicht einmal die Kanzlerin selbst. Auf die Frage, ob Deutschland die Lasten eines weiteren gigantischen Schuldenerlasses für Griechenland schultern muß, sagt Angela Merkel: "Das sehe ich nicht."

Sie sagt bewußt nicht: "Auf keinen Fall", denn dann würde sie der Lüge überführt. Doch kaum jemand wird sie dafür strafen wollen, daß sie etwas nicht "gesehen" habe, obschon auch das die Unwahrheit ist. Die CDU-Chefin sieht den abermaligen Aderlaß für Deutschland sehr wohl jetzt schon. Und sie weiß auch, daß es diesmal vor allem die deutschen Steuerzahler treffen wird, denn den übrigen Gläubigern wie etwa den Banken wurde es ermöglicht, ihre Griechen-Kredite auf die öffentliche Hand abzuwälzen.

Laut Umfrage glauben auch nur 17 Prozent der Deutschen, daß das Schlimmste der Euro-Krise schon vorbei sei. Nur jeder Zehnte meint zudem, daß die Politik ihm die Wahrheit über die Krise sage. Und eine satte Mehrheit ist sich im Klaren darüber, daß ihre Ersparnisse durch die Euro-bedingte Niedrigzinspolitik in der Substanz gefährdet sind.

Kurzum: Die Deutschen wissen eigentlich, daß ihnen Schlimmes bevorsteht. Sie wissen auch, daß sie von einer verfehlten Politik ins Desaster geführt werden und daß sie die dafür verantwortlichen Politiker dreist hinters Licht führen. Im Grunde wäre dies der Stoff für dramatische politische Umwälzungen, für offenen Volkszorn und eine saftige Quittung an der Wahlurne.

Doch es geschieht - nichts. Weder der laue Wahlkampf noch die müde Reaktion in der Bevölkerung geben irgendeinen Hinweis auf Beunruhigung. Die Umfragen deuten ganz im Gegenteil auf eine scheinbar tiefe Zufriedenheit hin.

Haben die Deutschen schlicht resigniert und sind ins Grab der Fatalisten gesunken, auf dem steht: "Wir können ja doch nichts ändern"? Möglich. Vielleicht wirkt hier aber auch nach, daß die Bürger dieses Landes seit Jahrzehnten von den Medien mit Weltkatastrophen erschreckt wurden, die niemals eintraten: Atomtod, Waldsterben, Dritter Weltkrieg, Klimakatastrophe, plötzliches Ende der Ölreserven und so weiter. Am Ende war dann immer alles wie zuvor, "es" ist nie passiert.

Aus dieser Erfahrung könnten die Deutschen, mehr unterbewußt als bewußt, den Schluß ge-

zogen haben, daß Katastrophen eher Medienereignis als Realität sind, gruselig, aber nicht wirklich gefährlich. Sollte es so sein, wird das baldige Erwachen um so schockierender ausfallen. Denn diese Katastrophe ist keine Medienerfindung, sie ist real, "es" wird eintreten. Und die Folgen werden unser aller Leben tiefgreifend verändern.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>>**Zypern gewährt Grundeinkommen**

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. November 2013 (x887/...): >>>**Euro-Austritt als letzte Chance?**

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National
Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterrands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.

Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindstüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden. ...

Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemäßte Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.

Von Mitterrand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juni 2014 (x887/...): >>>**Jetzt sind wir dran**

EZB erzwingt lieber gigantische Masseneinteignung deutscher Sparer als Reformen

Bislang mochten die Deutschen die Euro-Krise für ein Phänomen halten, das ausschließlich in den sogenannten "Krisenländern" des Süden wütet, sie selbst aber weitgehend ungeschoren läßt. Das war von Anfang an eine Illusion, die sich nun auflöst.

Mit den schmerzlichen Kürzungen bei den zur Auszahlung fälligen Lebensversicherungen haben die Deutschen einen ersten akuten Schlag einstecken müssen - also einen, der nicht erst langfristig wirkt wie Kreditausfälle bei den "Rettungsschirmen" und real negative Zinsen.

Die Entscheidung der EZB, den Einlagenzins für Banken ins Minus zu drücken, ein historisches Novum, kündigt an, daß dies erst der Anfang einer gigantischen Massenenteignung war, mit der die Deutschen für den Fortbestand des Euro bluten sollen.

Den Einlagenzins zahlen Geschäftsbanken, die Geld bei der Zentralbank deponieren. Ab sofort bekommen sie dafür Laut EZB-Chef Mario Draghi keine Zinsen mehr, sondern müssen welche bezahlen. Kein Zweifel, daß sie die Kosten dafür den Sparern aufdrücken.

Ziel sei es, die Banken, vor allem in Südeuropa, dazu zu drängen, mehr Kredite an Privat- und Geschäftskunden auszugeben, statt Geld zu horten, so die EZB. Damit solle die lahrende Wirtschaft angekurbelt werden.

Experten weisen dies als Blütentraum zurück. In dem verheerenden Wirtschaftsumfeld Südeuropas werde auch dann kaum jemand investieren, wenn Kredite noch billiger seien.

Die Fachwelt befürchtet etwas ganz anderes: Die dringend reformbedürftigen Länder werden die noch niedrigeren Zinsen nutzen, um schmerzhaft (und daher unpopuläre) Einschnitte zu unterlassen. Dies fällt ihnen nun noch leichter, denn da neue Kredite nun so günstig sind, wie nie zuvor, machen sie einfach neue Schulden. Damit verlieren ihre Länder aber nur weitere Jahre, fallen weiter zurück und erleben danach ein noch brutaleres Erwachen.

Damit zahlen die deutschen Sparer nur dafür, daß die Politiker in den einstigen Weichwährungs-ländern, welche die Euro-Zone heute beherrschen, sich abermals zurücklehnen können. Dafür, daß sie sich nach der Devise "Nach uns die Sintflut" Ruhe für die nahe Zukunft kaufen können, weil für sie die fernere sowieso nicht so wichtig ist.

Längerfristig gewinnen wird lediglich eine winzig kleine, aber märchenhaft reiche Schar von Riesenspekulanten, die mit dem Billiggeld, zu dem die Euro-Zentralbank die Ersparnisse der Deutschen gemacht hat, weitere Blasen aufpumpt und absahnt. Die Immobilien- und Aktienpreise laufen bereits heiß.

Wer ein Gedächtnis hat, der weiß noch, wie die erste Euro-Krise begann: genauso. Nur daß wir heute auf einem weitaus brüchigeren Fundament mit viel höheren Schulden balancieren. Verblüffend ist, wie regungslos die Deutschen ihre Enteignung hinnehmen.<<

Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der

Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege. Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananensenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):

>>**Horror für Brüssel**

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampftruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". ...

Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampftruf. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):

>>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern,

fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurz-sichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. ...

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... Immer mehr Rentner müssen arbeiten

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen. Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deut-

sche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, böseartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten und Anekdoten erschienen.

Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...

Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.

Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Offenbarungseid in Brüssel ...**

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen erdacht, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

Bilanzierung und Bewertung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Union (EU)

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein (1901-1982) wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer

über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS). Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische

Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschloßen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder genügend Vermögen hatte und krankenversichert war.

Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>**Der Todes-schlaf Europas**

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Abwesenheit (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas). Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z.B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode. ...

Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:

... Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern

der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>Teures Vergnügen

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ... Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird - es ist ein teures Vergnügen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. ...

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.

US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>Deutschland will weniger an EU zahlen

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der

EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>"Gebt uns die Mark wieder!"

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO2-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremmt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntlang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 7. Oktober 2000 (x887/...): >>"Signal an die Völker

Mit der Einheitswährung wurde der europäische Einheitsstaat abgelehnt

Daß die Dänen mit Mehrheit "nein" zur Einführung des Euro sagen würden, das war den politisch Verantwortlichen klar, je näher das Referendum kam. Aber mit sechs Prozent Abstand hatte wohl kaum jemand gerechnet. 53,1 Prozent sagten "nein", 46,9 Prozent "ja", und das bei einer Beteiligung von fast 90 Prozent! Dabei hatten fast alle Parteien, Institutionen und andere maßgebende Gremien in Dänemark Propaganda für das "Ja" gemacht. Klar gegen den Euro waren von den Parteien nur die Dänische Volkspartei und die linken Volkssozialisten.

Die Parteiführungen von Sozialdemokraten (die den Ministerpräsidenten stellen), von Linksliberalen, von Nationalliberalen und von Konservativen trommelten für das "Ja", und sie wurden dabei von ihren auf den Parteitag versammelten Funktionären bestätigt. Die Gewerkschaften hatten noch in den letzten Phasen des Abstimmungskampfes Sonderaktionen und Kundgebungen inszeniert, um die Bürger für ein "Ja" zu beeinflussen. Die Arbeitgeberverbände forderten das "Ja". Die Zeitungen allerdings wurden, je näher der Termin kam, desto zurückhaltender mit ihren Stellungnahmen.

In Dänemark hat wirklich das Volk entschieden, und das gegen die politisch herrschende Klasse. "Wir sind das Volk!" hätte auch über der Abstimmungsentscheidung in Kopenhagen stehen können.

Die Dänen sind wohl die ersten, die im EU-Gebiet begriffen hatten, daß es bei der Europäischen Union und bei der Einführung der Einheitswährung um mehr geht als um wirtschaftliche Vereinfachungen. So war es denn auch die Schwäche der Ja-Parteien, daß sie ausschließlich wirtschaftliche Argumente ins Feld führten, während sich daran vorbei die politischen Gründe immer weiter nach vorn schoben. Auch die Ablehner gaben zu, daß eine Einheitswährung wirtschaftlich keine Nachteile brächte, doch war für sie wichtiger, daß die Einführung des Euro der letzte Schritt sein könnte zu einem europäischen Einheitsstaat, in dem die Persönlichkeiten der Völker und Nationen eingeebnet würden. Genau das aber wollen die Dänen nicht: Sie wollen zwar in Europa mit den anderen Ländern zusammenarbeiten, aber nicht in einem Einheitsbrei aufgehen.

Die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti), Pia Kjaersgaard, zog am

Wahlabend die Konsequenz aus dem Ergebnis: "Jetzt haben wir den politischen Integrationsprozeß in Europa gestoppt." Und weiter: Es sei ein Erfolg der Dänen, die ihren Nationalstolz bewahren wollen und keinen Brüsseler Zentralismus wünschen. Und ein linker Sprecher der Anti-Euro-Gruppierung, Holger K. Nielsen, sagte, die politische Elite in Dänemark müsse sich endlich mit der Bevölkerung in Übereinstimmung bringen.

Nicht nur in Dänemark versuchten die EU-Befürworter, die politischen Folgen der EU vor der Bevölkerung zu verbergen. Auch in Dänemark wird der Euro stets nur als wirtschaftliche Maßnahme propagiert. Aber auch in unserem Land nimmt die Zahl der Skeptiker und Kritiker der EU-Konstruktion zu, und nach dem "Nein" der Dänen wird diese Front weiter wachsen. Großbritannien und Schweden wollten in absehbarer Zeit ebenfalls das Volk darüber entscheiden lassen, ob sie die Euro-Währung einführen wollen. Nunmehr sollen die Urngänge vorerst verschoben werden, denn: Auch in diesen Ländern dürfte die Ablehnungsfront nach dem dänischen Ergebnis gestärkt worden sein.

In Deutschland werden die Politiker froh sein, daß sie den Deutschen jede Möglichkeit genommen haben, über ein "Ja" oder ein "Nein" zur EU oder zum Euro zu entscheiden. Die politische Klasse kann über die Deutschen nach Belieben verfügen, und das tut sie nicht nur in Fragen der EU. Dabei sind auch sie sich im klaren, daß, wenn man den Deutschen die Chance gäbe abzustimmen, das Ergebnis ähnlich wie in Dänemark ausfallen könnte.

Eine Zeitung warnt denn auch die Deutschen vor höhnischen Bemerkungen über das "Nein" der Dänen: "Würden andere Länder ihren Wählern auch die Möglichkeit von Volksabstimmungen einräumen, dann hätte es z. B. südlich der deutsch-dänischen Grenze zum Thema Euro kaum ein anderes Ergebnis gegeben", so die deutsche Tageszeitung in Dänemark, "Der Nordschleswiger". Und Heide Simonis sagte wenige Tage vor der Abstimmung bei einem Besuch von Nordschleswigs neuem dänischen Amtsbürgermeister (ähnlich dem deutschen Landrat, aber mit mehr Kompetenzen), Carl Holst, in der Kieler Staatskanzlei, sie würde "auf dieselbe Skepsis und den gleichen Widerstand stoßen, gäbe es eine solche Volksabstimmung in Deutschland".

Das "Nein" der dänischen Mehrheit kann psychologisch weitreichende Folgen in Europa haben, Folgen, die über wirtschaftliche Konsequenzen, die nicht sehr bedeutend sein dürften, weit hinaus gehen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last.

Trotz dieses Entgegenkommens betrogen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht wür-

de sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen (55 %) die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

... Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern"-Autor Walter Willenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?"

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 4. November 2010: >>Debatte über Großprojekte

Zu viel Volk schadet Deutschland

Er ist die Allzweckwaffe der Protestrepublik: der Volksentscheid. Ob Rente mit 67 oder Stuttgart 21 - bei fast jedem Großvorhaben verlangen die Gegner eine direkte Abstimmung der Bürger. Doch was sich nach wahrer Demokratie anhört, ist ein Irrweg. Deutschland droht der totale Stillstand.

Das hat uns gerade noch gefehlt. Allen Ernstes hat dieser Tage ein Vorstandsmitglied der IG Metall namens Hans-Jürgen Urban gefordert, die Deutschen sollten über die Rente mit 67 eine Volksbefragung durchführen.

Auf den Einwand, im Grundgesetz seien Plebiszite nicht vorgesehen, entgegnete der Vertreter der größten deutschen Einzelgewerkschaft: Es gehe mehr um politische Meinungsbildung als um juristische Fragen. Ach so. Und welche Optionen hätte eine Bundesregierung, die nach einer heftigen Schlacht um die Rente die Abstimmung erwartungsgemäß verlöre? Das Votum einfach mißachten? Natürlich ist das undenkbar, die Regierung müßte Volkes Wille vollziehen und die Rente mit 67 zurückziehen.

Die IG Metall, wie alle anderen Gewerkschaften heftiger Gegner der späteren Verrentung, will auf einer gefährlichen Stimmungswelle mitschwimmen. Stuttgart 21, Schulreform in Hamburg, Flughafen ausbau in Berlin, Nichtraucherschutz in Bayern - allerorten sollen die Bürger direkt entscheiden, sollen die für die politische Willensbildung zuständigen Institutionen kalt gestellt und entmachtet werden.

Die Mehrheiten für mehr Plebiszite sind erstaunlich stabil. 65 Prozent der Bevölkerung, so das Allensbach-Institut, glauben, daß mehr Volksentscheide die Qualität der Demokratie verbessern würden. Negative Auswirkungen auf die politische Ordnung befürchten nur 15 Prozent. Bei einer Umfrage des *manager magazin* unter sogenannten Entscheidern, also den Führungskräften der Wirtschaft, lag die Zustimmung sogar noch leicht höher, bei 67 Prozent.

Was ist los in diesem Land? Wir sind munter dabei, die Grundfesten dieser Republik zu demontieren. Mit wahrlich guten Gründen haben sich die Verfassungsväter 1948 dazu entschieden, so gut wie keine Elemente der direkten Demokratie in das Grundgesetz aufzunehmen. Die politischen Entscheidungen sollen allein den gewählten Vertretern des Volkes überlassen bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als repräsentative Demokratie gegründet und ist mit dieser Entscheidung gut gefahren.

Demagogen würden Minderheitsinteressen durchsetzen

Die indirekte Volksherrschaft ist vor allem eine Erfindung der pragmatischen Angelsachsen. Die "reine Demokratie", die dem französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau als höchste Staatsform vorschwebte, hielten die Engländer wie die Gründungsväter der USA für eine Illusion. Das Volk könne komplexe Sachverhalte nicht bewerten, Demagogen würden für die Durchsetzung von Minderheitsinteressen sorgen. In England wie in den USA gehören Volksentscheide nicht zur politischen Kultur. Es hat beiden Ländern nicht geschadet, ihre Demokratien sind Jahrhunderte alt.

Die Argumente, die in den alten Demokratien vorgebracht wurden, gelten bis heute. Was wäre wohl geschehen, wenn die Regierung Schröder seinerzeit die Hartz-IV-Gesetze einem Volksentscheid unterworfen hätte? Die Wahlniederlage der Rot-Grünen im Jahr 2005 läßt unzweifelhaft darauf schließen, daß diese Reform des Arbeitsmarkts keine Mehrheitschance gehabt hätte.

Die Ablehnung wäre ein Desaster für das Land gewesen. Heute kann Schröder mit Fug und Recht für sich beanspruchen, daß er das Fundament für die wiedergewonnene Wettbewerbs-

fähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die derzeit gute Konjunktur gelegt hat. Mit Erleichterungen für Zeitarbeit, mit Befristung für Anstellungsverträge oder mit Minijobs hat seine Regierung endlich mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt geschaffen. Der Lohn: mehr als zwei Millionen Arbeitslose weniger als vor fünf Jahren, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992.

"Kaum eine Reform des Sozialstaats, die Einschränkungen mit sich bringt, hätte eine Chance, bei Volksabstimmungen durchzugehen", schreibt die Allensbach-Chefin Renate Köcher.

Die baldige Staatspleite wäre unvermeidlich

Schon im real existierenden parlamentarischen System haben die Regierenden jedweder Farbe mit ihrer Neigung, regelmäßig Wahlgeschenke zu verteilen, den Sozialstaat an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bugsiiert. Würden die Wähler direkt über solche Wohltaten (oder die Zurücknahme derselben) entscheiden, wäre die baldige Staatspleite wohl unvermeidlich. Die großen Vereinfacher und Populisten, unterstützt von den jeweiligen Interessenverbänden, würden triumphieren.

Parlamente, Regierungen, Parteien sind - bei allen Unzulänglichkeiten - bewährte Einrichtungen, die Konsensbildung auf breiter Grundlage ermöglichen, für ein Mindestmaß an Rationalität bei den Entscheidungen des Gemeinwesens sorgen. Sie zu umgehen bedeutet vor allem dies: mehr Unberechenbarkeit und mehr Unvernunft. Wer mit ihrer Qualität dauerhaft unzufrieden ist, kann sich ja selbst um ein Mandat bemühen.

Das heißt nicht, daß die Abgeordneten und die Regierenden alles richtig machen. Offenkundig erwarten die Bürger mehr Informationen, mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen. Schröder und die Seinen sind auch deswegen mit Hartz IV auf so breite Ablehnung gestoßen, weil es ihnen nicht gelang, das umfangreiche Gesetzespaket nachvollziehbar zu vermitteln (was schon bei der Namensgebung mit dem nüchternen Begriff "Agenda 2010" und dem noch technokratischeren "Hartz IV" anfang).

Auch bei Stuttgart 21 haben es die Landesregierung und die Bahn nicht geschafft, die Bürger rechtzeitig einzubinden. Aber muß nun deswegen eine Volksbefragung durchgeführt werden, wie es die Grünen und die Sozialdemokraten fordern? Das Projekt wird seit 15 Jahren vorbereitet, der Bundestag, der Stuttgarter Landtag und das Stadtparlament haben zugestimmt, auch seinerzeit die Grünen-Vorleute Renate Künast und Jürgen Trittin im Schröder-Kabinett. Es wurden 60 Alternativen diskutiert, rund 30 externe Gutachten angefertigt, über 11.500 Änderungswünsche von Bürgern, Gemeinden und Verbänden berücksichtigt. Und nun soll eine Befragung des Volkes für eine klügere Entscheidung sorgen?

Das Land wird reformunfähig

Wer das letzte Wort bei diesem Großprojekt per "reine Demokratie" dem Bürger überlassen will, dem sei empfohlen, die "Schlichtung" mit dem Moderator Heiner Geißler bei "Phoenix" zu verfolgen. Er wird dort viel lernen, wie eine moderne Eisenbahn funktioniert, mit eingängigen Schaubildern und pädagogisch gut aufbereiteten Erläuterungen. Er wird Begriffe lernen wie "Verstärkerfahrten", "minimale Haltezeiten" oder "Taktgrundlagen". Aber er wird bis jetzt, so er denn unvoreingenommen die Verhandlung verfolgt hat, immer noch nicht wissen, ob der neue Bahnhof und die Schnellstrecke nach Ulm wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind.

Das, was sich derzeit in Stuttgart abspielt, ist darauf angelegt, das Land unfähig zu Entscheidungen und zu Reformen zu machen. Diese Republik zeichnet sich seit ihrer Gründung schon dadurch aus, daß sie (auf Veranlassung der Alliierten) mit einem Übermaß an Kontrollinstanzen vollgepfropft wurde:

- Wir leisten uns 16 Bundesländer, die via Bundesrat über einen Großteil der fürs ganze Land verbindlichen Gesetze mitbestimmen.
- Wir haben Landtage, Kreistage, kommunale Parlamente;
- dazu eine lückenlose Verwaltungsgerichtsbarkeit, die alle hoheitlichen Akte überprüfen und

gegebenenfalls verwerfen kann;

- ein Bundesverfassungsgericht, das alle Gesetze auf die Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüfen kann;

- und schließlich noch einen europäischen Gerichtshof und viele, viele Vorgaben der EU-Kommission.

Und nun auch noch mehr Bürgerbeteiligung via Plebiszite, wie es die Grünen und die SPD fordern? Um beispielsweise ein vor Jahren schon beschlossenes Gesetz über die Rente mit 67 zu killen, wie es die Gewerkschaften gern hätten? Ein Gesetz, das für jeden, der die Grundrechenarten beherrscht, zwingend geboten ist - angesichts einer alternden Gesellschaft mit immer längerer Lebenserwartung; angesichts einer Arbeitnehmerschaft, die, dank günstigerer Lebensumstände, deutlich länger leistungsfähig ist als die früherer Generationen. Absurd.

Der Weg, der mit solchen Volksbefragungen oder -entscheiden eingeschlagen würde, führt weg von der Ratio des Grundgesetzes. Wer ihn geht, der macht das Land noch weniger fähig zu Veränderung als es ohnehin schon ist. Und er schwächt es im internationalen Standortwettbewerb.<<